



„Wohlfahrtsstaat unter Druck“

Die aktuelle **AFI-Umfrage** zeigt: Südtirols Arbeitnehmer bevorzugen Formen **sozialer Absicherung** und ein **staatliches Rentensystem**. AFI-Direktor **Stefan Perini** spricht über die Zukunft des Wohlfahrtsstaats – und warum ein marktwirtschaftliches Modell bei uns keine Chance hat.



Stefan Perini

Absicherung durch öffentliche Hand findet breite Unterstützung

von Verena Unteregger

Demografischer Wandel, neue Lebensrealitäten und steigende Erwartungen bringen den Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn bisher kannten, zunehmend ins Wanken – in Südtirol wie in ganz Europa. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Modelle der sozialen Absicherung heute noch tragen. Eine aktuelle Umfrage des Arbeitsförderungsinstituts (AFI) zeigt: Südtirols Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen klar auf staatliche Verantwortung. AFI-Direktor Stefan Perini betont: „Bevorzugt wird ein System, das Elemente sowohl des sozialdemokratischen als auch des konservativen Regimes integriert.“ Die AFI-Erhebung beleuchtet in fünf zentralen Politikfeldern, darunter Rente, Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Arbeitslosenunterstützung, die Einstellungen der ArbeitnehmerInnen zu wohlfahrtsstaatlichen Modellen. Liberale Konzepte mit starker Eigenverantwortung nach angelsächsischem Vorbild treffen auf geringe Zustimmung, während soziale Absicherung durch öffentliche Hand breite Unterstützung findet. Auch konservative Modelle, bei denen Leistungen sich nach bisherigen Beitragsschuldungen oder Einkommen richten, stoßen auf Reso-

nanz. „Die Philosophie des liberalen Wohlfahrtsstaates hat in Südtirol und in Italien keine Tradition. Unsere kulturelle Verankerung ist vom liberalen Wohlfahrtsregime weit entfernt“, erklärt Perini. Besonders in den Bereichen Gesundheit und Pflege zeigt sich ein starker Wunsch nach Solidarität und staatlicher Absicherung. Hier bevorzugt die Mehrheit das Modell einer öffentlichen Finanzierung. „Gerade in den Politikfeldern Gesundheit und Pflege findet sich die Einstellung, dass Leistungen universell eingeräumt werden sollten – also jede Person soll in den Genuss dieser Leistungen kommen, unabhängig vom Gehalt oder ihrer Arbeit. Das sind sogenannte Grunddienstleistungen, für die die öffentliche Hand zu sorgen hat.“ Die liberale Variante des Wohlfahrtsstaates findet unter den Südtiroler ArbeitnehmerInnen die geringste Akzeptanz. „Etwas ausgewogener ist es in den Politikfeldern Arbeitslosigkeit und Rente, dort sind die Meinungen der ArbeitnehmerInnen etwas gespalten“, sagt der AFI-Direktor. Im Bereich Rente sprechen sich 35 Prozent gegen eine staatlich garantierte Mindestrente aus, die unabhängig vom eigenen oder partnerschaftlichen Einkommen gewährt wird. Mehr Zustimmung finden konservative Modelle, bei denen sich die Rentenhöhe nach Dau-

er und Höhe der geleisteten Einzahlungen richtet: 26 Prozent stimmen ihnen voll, 57 Prozent zumindest teilweise zu. Das liberale Modell mit Fokus auf privater Vorsorge überzeugt hingegen nur acht Prozent der Befragten. Die Ergebnisse spiegeln nicht nur aktuelle Einstellungen wider, sondern werfen auch ein Schlaglicht auf die strukturellen Herausforderungen, mit denen der Wohlfahrtsstaat heute konfrontiert ist: Demo-

Bevorzugt wird ein System, das Elemente sowohl des sozialdemokratischen als auch des konservativen Regimes integriert.

grafische Entwicklungen und veränderte Lebensrealitäten setzen den Wohlfahrtsstaat zunehmend unter Druck. „Es geht nicht rein um demographische Faktoren, also sinkenden Geburtenrate und alternde Bevölkerung, sondern auch um veränderte Lebensgewohnheiten. Die sich wandelnde Familienstrukturen und neuen Lebensrealitäten führen dazu, dass traditionelle familienbezogene Versorgungsmodelle zunehmend an ihre Grenzen stoßen. Die Frage, wie der Wohlfahrtsstaat diesen Wandel auffangen und zukunftsfähig bleiben kann, rückt in den Fokus“, erklärt Perini.

Seit Jahrzehnten stützte sich Südtirol im Pflegebereich stark auf die familieninterne Betreuung – meist übernommen von Ehefrauen, Töchtern oder Enkelkindern. „In Zeiten, in denen Frauen aber stärker in den Arbeitsmarkt rücken und sich die Rollenbilder verändern, kommt die familieninterne Pflege ins Wanken“, so der AFI-Direktor.

Neben demografischen Veränderungen und neuen Lebensstilen, steigen auch die Erwartungen an den Staat. Die Ansprüche an wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie Kinderbetreuung, Gesundheit und Altersvorsorge, wachsen kontinuierlich. Damit steigt auch der Druck auf das bestehende System, passende Strukturen und Angebote bereitzustellen, die den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft gerecht werden.

Welche Reformen braucht es also, um den Wohlfahrtsstaat zukunftsfähig zu machen?

„Ein starker und solidarischer Staat ist wichtig, er muss aber finanziell gut aufgestellt sein und genug Personal haben. Besonders bei Pflege, Gesundheit und Bildung besteht großer Handlungsbedarf. Der Mangel an Fachkräften ist kein neues Problem, wurde aber in den letzten Jahren zu wenig beachtet. Jetzt muss nachgeholt werden, was versäumt wurde. Es ist wichtig, gezielt Fachkräfte zu gewinnen und langfristige Pläne zu machen“, betont Perini.